

Wirtschafts-
und Sozialpolitik

Michael Beyerlein

Die Akzeptanz der Ergebnisse sozialrechtlicher Schiedsstellen

Ein Beitrag zur interdisziplinären Rechtsforschung
mit Fokus auf Akteure der Eingliederungshilfe
und der Sozialen Pflegeversicherung



Nomos

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Herausgegeben von

Prof. Dr. Rolf G. Heinze,
Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Werner Sesselmeier,
Rheinland-Pfälzische Technische Universität
Kaiserslautern-Landau

Prof. Dr. Josef Schmid,
Universität Tübingen

Band 32

Michael Beyerlein

Die Akzeptanz der Ergebnisse sozialrechtlicher Schiedsstellen

Ein Beitrag zur interdisziplinären Rechtsforschung
mit Fokus auf Akteure der Eingliederungshilfe
und der Sozialen Pflegeversicherung



Nomos



Onlineversion
Inlibra

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Kassel, Univ., Diss., 2025

1. Auflage 2026

© Die Autor:innen

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-4055-1

ISBN (ePDF): 978-3-7489-6981-5

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748969815>



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Vorwort

Diese Arbeit wurde von der Universität Kassel im Oktober 2025 als Dissertation angenommen und im selben Monat verteidigt. Sie entstand während meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Sozial- und Gesundheitsrecht, Recht der Rehabilitation und Behinderung.

An der Universität Kassel boten die Nachwuchsgruppe „Die Sozialgerichtsbarkeit und die Entwicklung von Sozialrecht und Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland“ – sowie die Forschungsprojekte „Nachhaltige Teilhabe an Arbeit durch Recht“ und „Mit Vielfalt zum inklusiven Arbeitsmarkt – Aufgaben für das Reha- und Teilhaberecht“ ein äußerst inspirierendes Umfeld, von dem sowohl ich persönlich als auch diese Arbeit in hohem Maße profitiert haben. Dafür möchte ich allen Beteiligten herzlich danken.

Insbesondere danke ich meinem Erstbetreuer Prof. Dr. Felix Welti. Er hat mich ermutigt, mich mit Fragen des sozialrechtlichen Schiedsverfahrens zu beschäftigen, diese Arbeit mit großer Geduld betreut und mir während meiner Tätigkeit stets den nötigen Freiraum sowie die Unterstützung gegeben, das Thema umfassend zu bearbeiten und darüber hinaus meinen fachlichen Interessen in großer Freiheit nachzugehen.

Ebenso danke ich meiner Zweitbetreuerin Prof. Dr. Tanja Klenk für ihre wertvollen Impulse, die diese interdisziplinäre Arbeit erst ermöglicht haben.

Weiterhin danke ich den Mitgliedern der Nachwuchsgruppe – Sarah Schulz, Katie Baldschun, Alice Dillbahner, Solveig Sternjakob, Katharina Weyrich, Simon Roesen und Jan Trienekens – sowie René Dittmann, Stefan Stache, Jasmin Haider, Mirjam Schülle und den weiteren Mitgliedern, Promovierenden und Freund:innen des Fachgebiets für den regelmäßigen und fruchtbaren Austausch, insbesondere bei den jährlichen Kolloquien, aber auch in der Mensa und den Cafés der Universität Kassel. Auch den Hilfskräften des Fachgebiets, insbesondere Annas Al Hariri, danke ich herzlich für die Unterstützung bei der Transkription der Interviews.

Mein besonderer Dank gilt zudem meinen Eltern, die mich auf meinem Lebensweg stets ermutigt und bedingungslos unterstützt haben.

Zum Schluss danke ich meiner Frau Anna für ihre stetige Unterstützung und ihre große Geduld. Die Arbeit in der Wissenschaft geht mit vielen Freiheiten einher, ist für Familien jedoch auch mit Herausforderungen und

Vorwort

Unwägbarkeiten verbunden. Wohin uns der weitere Weg auch führen mag – ich bin glücklich und dankbar, dass wir ihn gemeinsam gehen. Dir, Jakob und unserem ungeborenen Kind ist diese Arbeit gewidmet.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	17
Tabellenverzeichnis	19
Abkürzungsverzeichnis	21
A. Einleitung	25
I. Problemstellung – Konfliktlösung im Korporatismus	25
II. Erkenntnisinteresse – Warum funktionieren Schiedsverfahren im Sozialrecht?	26
III. Unterfragestellungen	30
IV. Gang der Untersuchung	31
B. Methodik	33
I. Experteninterviews als Erhebungsmethode	33
II. Sampling und Datenerhebung	34
III. Datenerfassung und Transkription	36
IV. Datenanalyse und Datenschutz	37
V. Methodenreflektion	39
1. Aussagekraft der Ergebnisse	39
2. Eignung der gewählten Methodik	40
3. Erhebung über Videotelefonie	41
4. Zusammensetzung des Samples	41
C. Wohlfahrtskorporatismus als institutioneller Kontext des sozialrechtlichen Schiedsverfahrens	43
I. Wohlfahrtsstaat und Sozialstaat	44
1. Definition und Abgrenzung	44
2. Verschiedene Typen von Wohlfahrtsstaaten	46
II. Der deutsche Wohlfahrtsstaat in seiner Ausprägung als subsidiärer und korporatistischer Sozialstaat	47
1. Subsidiaritätsprinzip	48
2. Korporatismus	49

3. Subsidiärer und regulierter Wohlfahrtskorporatismus	50
III. Entstehung und Wandel des Wohlfahrtskorporatismus in Deutschland	50
1. Kaiserreich und Weimarer Republik	50
2. Weitere Entwicklung in der Bundesrepublik	52
3. Wiedervereinigung und Steuerungswandel durch New Public Management	55
IV. Status Quo: Akteure, Akteurkonstellationen und deren Interaktionsformen in Eingliederungshilfe und Pflege	58
1. Akteure und ihre Rechtsbeziehungen	61
a) Leistungsträger - Sicherstellungsauftrag und Kooperationsgebot	62
b) Leistungserbringer	63
c) Leistungsberechtigte und das Verhältnis zum Leistungsträger	64
d) Das Leistungserbringungsverhältnis	68
aa) Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen in der Eingliederungshilfe	68
bb) Versorgungsvertrag und Pflegesatzverfahren nach SGB XI	71
cc) Landesrahmenverträge	75
e) Das Erfüllungsverhältnis	77
2. Akteurnetzwerke	78
3. Verhandlungen	79
4. (Quasi-)Markt	81
5. Wettbewerb am Beispiel der Regelungen zum „Externen Vergleich“	84
a) Pflege	84
b) Eingliederungshilfe	88
6. Hierarchie	89
V. Zusammenfassung und Fazit	91
D. Schiedsstellen in Eingliederungshilfe und Pflege als spezifischer institutioneller Kontext für Handlungen korporativer Akteure	97
I. Entstehung und historische Wurzeln	97
II. Aufgabe und Zusammensetzung	99
1. Schiedsstelle nach § 76 SGB XI	99

2. Für die Eingliederungshilfe zuständige Schiedsstelle, insbesondere nach § 133 SGB IX	100
III. Rechtlicher Charakter der Schiedsstellen	102
IV. Modus der Konfliktlösung	103
V. Verfahrensgrundsätze	106
VI. Beurteilungsspielraum	107
1. Reichweite des Beurteilungsspielraums	107
2. Grenzen des Beurteilungsspielraums	108
3. Pflicht zur Sachverhaltsermittlung	109
4. Gesteigerte Mitwirkungspflichten der Parteien	111
VII. Gerichtliche Kontrolle von Schiedssprüchen	111
VIII. Anforderungen an Schiedssprüche	112
IX. Mögliche Probleme	113
X. Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Schiedsstellen in Eingliederungshilfe und Pflege	114
1. Unterschiede	118
2. Gemeinsamkeiten	119
XI. Empirische Erkenntnisse zur Rolle der Schiedsstellen in Eingliederungshilfe und Pflege	120
1. Funktion von Schiedsverfahren	120
a) Klärung von Entgeltfragen	121
b) Klärung von Grundsatzfragen	121
c) Legitimation von Ausgaben nach innen	122
d) Schiedsverfahren als Drohkulisse in der Verhandlung	123
e) Schiedsverfahren als Möglichkeit der Fristwahrung	124
f) Schiedsverfahren als Möglichkeit Recht durchzusetzen und Augenhöhe herzustellen	125
2. Besonderheiten von Schiedsverfahren	126
a) Schiedsverfahren als Streitlösungsmechanismus und Vertragshilfeorgan zum Interessenausgleich	126
b) Schiedsverfahren als Ort des Austauschs mit großer Sachnähe	128
c) Schiedsverfahren als niedrigschwelliger und schneller Konfliktlösungsmechanismus	129
3. Gewährung rechtlichen Gehörs und Möglichkeit sich einzubringen	130
a) Mehrheitlich Zufriedenheit mit Möglichkeiten, sich in das Verfahren einzubringen	130

b) Vereinzelt Unzufriedenheit mit der Möglichkeit, sich in das Verfahren einzubringen	131
c) Sondersituation durch Pandemie	131
d) Defizite des Verfahrens	132
XII. Zusammenfassung	132
E. Theoretische Vorannahmen zu Akzeptanz und Legitimität von Schiedsstellen und deren Ergebnissen	137
I. Akzeptanzgewähr als Ziel des Schiedsverfahrens	137
II. Der Begriff Akzeptanz	139
III. Legitimitätsbegriffe und -theorien	142
1. Legitimität als Rechtmäßigkeit von Herrschaft	142
2. Empirische Legitimitätskonzepte	143
3. Normative Legitimitätskonzepte	144
IV. Ausgewählte Modelle der Legitimation von Schiedsstellen	145
1. Demokratische Legitimation	145
2. Legitimation durch Deliberation	148
3. Legitimation durch Verfahren	148
4. Legitimation durch Charisma	150
5. Mehrdimensionale Legitimation	151
V. Vorannahmen zur Akzeptanz von Schiedsstellenergebnissen	152
1. Bewertung der Entscheidung	152
2. Netzwerke und Kontaktsysteme	153
VI. Fazit	154
F. Legitimationsmechanismen in der Schiedsstelle und ihre Wirkung auf Akteure	157
I. Paritätische Besetzung	157
1. Interessenausgleich	158
a) Literatur und Rechtsprechung	158
b) Empirische Erkenntnisse	160
c) Zusammenfassung	162
2. Gleichberechtigung der Vertragsparteien	163
a) Literatur und Rechtsprechung	163
b) Empirische Erkenntnisse	165
c) Zusammenfassung	167

3. Sachkunde	168
a) Literatur und Rechtsprechung	168
b) Empirische Erkenntnisse	169
aa) Erfahrungen bzw. Kenntnisse im speziellen Leistungsbereich	169
bb) Betriebswirtschaftliche Kenntnisse	170
cc) Rechtliches Verständnis	171
c) Zusammenfassung	171
4. Weisungsfreiheit, Interessenvertretung und bedingte Neutralität	171
a) Literatur und Rechtsprechung	171
b) Empirische Erkenntnisse: Erwartungen der Akteure an die Mitglieder der Bänke	174
aa) Offenheit bzw. Unvoreingenommenheit	175
bb) Sachlichkeit	176
cc) Gewisse Neutralität	177
dd) Klare Rolle	178
ee) Parteilichkeit	179
ff) Unterstützung	180
gg) Zuverlässigkeit	181
hh) Geschlossenheit	181
c) Zusammenfassung	182
5. Paritätische Besetzung und Akteurnetzwerke	183
a) Akteurnetzwerke als Grundlage für die Konfliktlösung	185
b) Akteurnetzwerke als mögliche Vertrauensressource	186
c) Zusammenfassung	186
6. Zusammenfassung	187
II. Gemeinsame Bestimmung von vorsitzenden Mitgliedern	189
1. Schiedsverordnungen, Literatur und Rechtsprechung	189
2. Empirische Erkenntnisse zu Erwartungen an die vorsitzende Person	193
a) Fachkompetenz	193
aa) Juristische Fachkompetenz	195
bb) Leistungsspezifische Kenntnisse	196
cc) Verhandlungsführung und -strukturierung	197
b) Vermittlungskompetenz	198
c) Neutralität	200

d)	Gemeinsame Bestimmung der vorsitzenden Person	201
aa)	Gemeinsame Bestimmung des Vorsitzenden ist wichtig	203
bb)	Alternativen zur gemeinsamen Bestimmung sind denkbar	206
cc)	Probleme der gemeinsamen Bestimmung	206
e)	Ausstrahlung	207
3.	Zusammenfassung	208
III.	Entscheidungsfindung nach Mehrheitsprinzip	210
1.	Literatur und Rechtsprechung	210
2.	Empirische Erkenntnisse zu Erwartungen an die Entscheidungsfindung der Schiedsstelle	211
3.	Zusammenfassung	215
IV.	Nichtöffentlichkeit	216
1.	Literatur und Rechtsgrundlagen	216
a)	Nichtöffentlichkeit als verbreitetes Konstruktionsmerkmal von sozialrechtlichen Schiedsverfahren	216
b)	Schiedsverfahren als Verwaltungsverfahren mit parteiöffentlicher Verhandlung	217
c)	Transparenz trotz Nichtöffentlichkeit durch Veröffentlichung von Schiedssprüchen	218
2.	Empirische Erkenntnisse zur Relevanz und Funktion der Nichtöffentlichkeit im Schiedsverfahren	220
a)	Überblick	220
b)	Argumente für die Öffentlichkeit von Schiedsverfahren	220
aa)	Schiedsverfahren als Angelegenheiten von öffentlichem Interesse	220
bb)	Transparenz statt „Hinterzimmer-Politik“	221
c)	Argumente für die Nichtöffentlichkeit von Schiedsverfahren	221
aa)	Wahrung von Geschäftsgeheimnissen	221
bb)	Schiedsverfahren als geschützter Raum	222
cc)	Schiedsverfahren als uninteressante Spezialmaterie	223
d)	Systembedingt unterschiedliche Perspektiven von Eingliederungshilfe und Pflege	223
3.	Zusammenfassung	226

V. Zusammenfassung und Fazit: Beitrag der gemeinsamen, rechtlich angelegten Elemente der Schiedsverfahren zur Legitimation der Schiedsstellen	227
G. Austausch der Akteure mit ihrer Umwelt	231
I. Einfluss der Empfehlung der anwaltlichen Prozessbevollmächtigten	231
II. Einfluss der verbandlichen Umwelt	233
1. Allgemeiner und taktischer Austausch	234
2. Fachliche Beratung	236
III. Zusammenfassung und Fazit	238
H. Beitrag der Nutzenbewertung der Akteure zu Akzeptanz und Nicht-Akzeptanz von Schiedsstellenergebnissen	241
I. Entscheidungsfindung in der Organisation	241
II. Gründe für die Akzeptanz des Ergebnisses durch Akteure	243
1. Erreichung von Verfahrenszielen	243
2. Lange Gerichtsverfahrensdauer	245
3. Schlüssiger Schiedsspruch	247
4. Gesetz des Widersehens	248
5. Taktisches Vorgehen	250
6. Fairerer Kompromiss	251
III. Gründe für die Ablehnung von Schiedssprüchen durch Akteure	252
1. Schiedsspruch bietet Angriffsfläche	252
2. Nichterreicherung von Verfahrenszielen	254
3. Rechtsunsicherheit und Klärung von Grundsatzfragen	255
4. Grobe Fehler im Schiedsspruch	256
IV. Zusammenfassung	257
I. Exkurs: Die Interessenvertretung der Menschen mit Behinderungen als Akteur in der Schiedsstelle der Eingliederungshilfe	259
I. Paradigmenwechsel durch das BTHG – Von der Institutionen- zur Personenzentrierung	259

II. Landesregelungen zur Beteiligung der Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen an Schiedsverfahren nach § 133 SGB IX	263
1. Beteiligte Organisationen	263
2. Ausgestaltung der Beteiligung am Verfahren	264
III. Sicht der Konfliktparteien	266
1. Eher zustimmende Aussagen	266
2. Eher ablehnende Aussagen	268
IV. Einordnung	269
1. Beteiligung von Interessenvertretungen am Verfahren als eine Vorstufe von Partizipation	269
2. Beteiligung als enge Konsultation und aktive Einbeziehung: Verpflichtung zur Einbindung der Interessenvertretung in das Schiedsverfahren aus der UN-BRK	270
V. Fazit	272
J. Zusammenfassung - Was füllt das „Reservoir des guten Willens“?	275
K. Ergebnisdiskussion und Einordnung	283
I. Input-Legitimität der Schiedsstelle	283
1. Kompetenz der Schiedsstellenmitglieder	284
2. Repräsentation und Einbeziehung	287
3. Weitere Eigenschaften des Verfahrens	288
4. Fazit	289
II. Throughput-Legitimität der Schiedsstelle	290
1. Deliberation und Repräsentation	290
2. Transparenz und Nichtöffentlichkeit	293
3. Fazit	294
III. Output-Legitimität der Schiedsstelle	295
1. Nutzenmaximierung im Kontext von distributivem Bargaining	295
2. Schiedsstelle als Lotse in die „Zone gemeinsamer Attraktivität“	298
3. Fazit	301
IV. Der Einfluss von Akteurnetzwerken, exklusiven Zirkeln und sozialem Kapital	301
1. Kontinuitäten exklusiver Netzwerkzirkel	302

2. Gute Verankerung im Netzwerk fördert die Akzeptanz des Verfahrensergebnisses	304
3. Soziales Kapital in Akteurnetzwerken als Ressource für alternative Konfliktlösung	306
4. Fazit	308
V. Abstimmungsprozesse	309
VI. Lange Gerichtsverfahrensdauern: Schiedsverfahren als Konfliktlösung mit geringen Transaktionskosten	311
L. Ausblick	313
Literaturverzeichnis	315
Anhang 1: Interviewleitfaden	331
Anhang 2: Länge der geführten Interviews	335
Anhang 3: Übersicht der verwendeten Landesschiedsverordnungen	337

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Anzahl von Pflegeheimen in Deutschland nach Trägerschaft in den Jahren 1999 bis 2023 nach Pflegestatistik	59
Abbildung 2: Das sozialrechtliche Dreieck nach Banafsche.	65
Abbildung 3: Formen der Konfliktregelung nach Vaudt.	105
Abbildung 4: Funktion von Schiedsverfahren aus Sicht der Befragten	120
Abbildung 5: Besonderheit des Schiedsverfahrens aus Sicht der Befragten	126
Abbildung 6: Zufriedenheit der Befragten mit der Möglichkeit, sich in das Verfahren einzubringen	130
Abbildung 7: Ziele für das Schiedsverfahren getrennt nach Leistungsträgern und Leistungserbringern	160
Abbildung 8: Sicht auf die Funktion von Schiedsverfahren und das Verhältnis zur anderen Partei getrennt nach Leistungsträgern und Leistungserbringern	166
Abbildung 9: Erwartungen der Befragten an die Fachkompetenz der Mitglieder der Bänke	169
Abbildung 10: Die Erwartungen der Befragten an die Mitglieder der Bänke zusammengefasst	174
Abbildung 11: Erwartungen der Befragten an die Fachkompetenz der vorsitzenden Person	194
Abbildung 12: Erwartungen der Befragten an die Fachkompetenz der vorsitzenden Person im Detail	195
Abbildung 13: Erwartungen der Befragten an die Vermittlungskompetenz der vorsitzenden Person	198

Abbildung 14: Sicht der Befragten auf die gemeinsame Bestimmung der vorsitzenden Person	202
Abbildung 15: Genannte Argumente für die gemeinsame Bestimmung der vorsitzenden Person	203
Abbildung 16: Zusammenfassung der Erwartungen der Befragten an die vorsitzende Person	209
Abbildung 17: Erwartungen der Befragten an die Beratung und Entscheidungsfindung in der Schiedsstelle	212
Abbildung 18: Sicht der Befragten auf die Nichtöffentlichkeit des Verfahrens, Überblick	220
Abbildung 19: Sicht der Befragten auf die Nichtöffentlichkeit des Verfahrens unterteilt nach Eingliederungshilfe und Pflege	224
Abbildung 20: Sicht der Befragten auf die Nichtöffentlichkeit des Schiedsverfahrens zusammengefasst	227
Abbildung 21: Berichte der Befragten über die Entscheidungsfindung in der Organisation getrennt nach Leistungsträgern und Leistungserbringern	242
Abbildung 22: Von den Befragten genannte Gründe für die Akzeptanz des Verfahrensergebnisses	243
Abbildung 23: Gründe für die Akzeptanz des Verfahrensergebnisses unterteilt nach Leistungsträgern und Leistungserbringern	244
Abbildung 24: Von den Befragten genannte Gründe für die Ablehnung des Ergebnisses bzw. Klage	252
Abbildung 25: Modell der Nutzenbewertung der Akteure bei der Abwägung eines Vorgehens gegen eine Schiedsstellenentscheidungen	257
Abbildung 26: Stufenmodell der Partizipation nach Denninger et al.	270

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Schiedsstellen von Eingliederungshilfe und Pflege	115
Tabelle 2: Zentrale Ergebnisse - Mechanismen mit Einfluss auf die Akzeptanz von Schiedsstellenergebnissen	281

Abkürzungsverzeichnis

Abs	<i>Absatz</i>
AVSG BY	<i>Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze Bayern</i>
BAGFW	<i>Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege</i>
BAGüS	<i>Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe und der Eingliederungshilfe</i>
BSG	<i>Bundessozialgericht</i>
BSHG	<i>Bundessozialhilfegesetz, Bundessozialhilfegesetz</i>
BTHG	<i>Bundesteilhabegesetz</i>
BVerfG	<i>Bundesverfassungsgericht</i>
BVerwG	<i>Bundesverwaltungsgericht</i>
EHSchV BB	<i>Rechtsverordnung nach § 133 Abs. 5 SGB IX für Brandenburg</i>
EinghV	<i>Eingliederungshilfeverordnung</i>
EinglSchiedsVO SN	<i>Rechtsverordnung nach § 133 Abs. 5 SGB IX für Sachsen</i>
EUTB	<i>Ergänzende, unabhängige Teilhabeberatung</i>
GG	<i>Grundgesetz</i>
GKV	<i>Gesetzliche Krankenversicherung</i>
HGBP	<i>Hessisches Gesetz über Betreuungs- und Pflegeleistungen</i>
i.d.F.v.	<i>in der Fassung vom</i>
i.S.d	<i>im Sinne des</i>
iVm	<i>In Verbindung mit</i>
KGSt	<i>Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement</i>
LEE	<i>Leistungserbringer Eingliederungshilfe</i>
LEP	<i>Leistungserbringer Pflege</i>
LTP	<i>Leistungsträger Pflege</i>
m.w.N.	<i>mit weiteren Nachweisen</i>
MediationsG	<i>Mediationsgesetz</i>
NSM	<i>Neues Steuerungsmodell</i>
PflegeV SchVO BE	<i>Rechtsverordnung nach § 76 Abs. 5 SGB XI für Berlin</i>

Abkürzungsverzeichnis

PfSchV BB	<i>Rechtsverordnung nach § 76 Abs. 5 SGB XI für Brandenburg</i>
Pos.	<i>Position</i>
PSchVO HH	<i>Rechtsverordnung nach § 76 Abs. 5 SGB XI für Hamburg</i>
PSchVO RP	<i>Rechtsverordnung nach § 76 Abs. 5 SGB XI für Rheinland-Pfalz</i>
PSchVO SH	<i>Rechtsverordnung nach § 76 Abs. 5 SGB XI für Schleswig-Holstein</i>
SächsSchiedsPflegeVersVO	<i>Rechtsverordnung nach § 76 Abs. 5 SGB XI für Sachsen</i>
SchStLVO SGB IX M-V	<i>Rechtsverordnung nach § 133 Abs. 5 SGB IX für Mecklenburg-Vorpommern</i>
SchStLVO SGB XI M-V	<i>Rechtsverordnung nach § 76 Abs. 5 SGB XI für Mecklenburg-Vorpommern</i>
SchStVO SGB IX BE	<i>Rechtsverordnung nach § 133 Abs. 5 SGB IX für Berlin</i>
SchV NW	<i>Rechtsverordnung nach § 133 Abs. 5 SGB IX für Nordrhein-Westfalen</i>
SchVO-SGB IX NI	<i>Rechtsverordnung nach § 133 Abs. 5 SGB IX für Niedersachsen</i>
SchVO-SGB XI NI	<i>Rechtsverordnung nach § 76 Abs. 5 SGB XI für Niedersachsen</i>
SGB	<i>Sozialgesetzbuch</i>
SGB IX-SchV HB	<i>Rechtsverordnung nach § 133 Abs. 5 SGB IX für Bremen</i>
SGB IX-SchVO HH	<i>Rechtsverordnung nach § 133 Abs. 5 SGB IX für Hamburg</i>
SGB IX-SchVO SH	<i>Rechtsverordnung nach § 133 Abs. 5 SGB IX für Schleswig-Holstein</i>
SGB11§76V BW	<i>Rechtsverordnung nach § 76 Abs. 5 SGB XI für Baden-Württemberg</i>
SGB11§76V HE	<i>Rechtsverordnung nach § 76 Abs. 5 SGB XI für Hessen</i>
SGB11§76V ST	<i>Rechtsverordnung nach § 76 Abs. 5 SGB XI für Sachsen-Anhalt</i>
SGB11SchStV BR	<i>Rechtsverordnung nach § 76 Abs. 5 SGB XI für Bremen</i>
SGB9§133SchiedsV BW	<i>Rechtsverordnung nach § 133 Abs. 5 SGB IX für Baden-Württemberg</i>
SGB9§133SchiedsV HE	<i>Rechtsverordnung nach § 133 Abs. 5 SGB IX für Hessen</i>
SGB9§133SchiedsV RP	<i>Rechtsverordnung nach § 133 Abs. 5 SGB IX für Rheinland-Pfalz</i>

SGB9§133SchiedsV SL	<i>Rechtsverordnung nach § 133 Abs. 5 SGB IX für das Saarland</i>
SGB9§133SchiedsV ST	<i>Rechtsverordnung nach § 133 Abs. 5 SGB IX für Sachsen-Anhalt</i>
SGBXI§76SchiedsV SL	<i>Rechtsverordnung nach § 76 Abs. 5 SGB XI für Saarland</i>
SGBXISchVO NW	<i>Rechtsverordnung nach § 76 Abs. 5 SGB XI für Nordrhein Westfalen</i>
SKWPG	<i>Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms</i>
ThürSchiedsVO-SGB IX	<i>Rechtsverordnung nach § 133 Abs. 5 SGB IX für Thüringen</i>
ThürSchiedsVO-SGB XI	<i>Rechtsverordnung nach § 76 Abs. 5 SGB XI für Thüringen</i>
u.a.	<i>unter anderem</i>
<i>unv.</i>	<i>unverständlich</i>
WBGV	<i>Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz</i>
WfbM	<i>Werkstätten für Menschen mit Behinderungen</i>
ZPO	<i>Zivilprozessordnung</i>

